A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 24. November 1926
Mittwoch Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * Bild in Bilde

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichterscheinen der Zeitung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—:

65. Jahrgang
Nr. 548

## Die deutsch-französischen Beziehungen

### Briand für Friedenspolitik im Geiste von Locarno

a. **Paris**, 23. 11. (Eigenbericht)

Briand gab heute in der Auswärtigen Kommission der Kammer, die unter dem Vorsitz des Abgeordneten Franklin Bouillon tagte, bemerkenswerte Erklärungen über die deutsch-französischen Beziehungen ab. Eine amtliche Mitteilung, die über diese Sitzung veröffentlicht wurde, besagt folgendes:

**„Die Kommission nahm einen Bericht des Herrn Briand über die wichtigsten Fragen der Außenpolitik entgegen. Nachdem Herr Briand die Arbeit des Völkerbundes gekennzeichnet hatte, ging er auf die Beziehungen zu Deutschland ein und setzte die Bedingungen auseinander, unter denen sich die Verhandlungen zwischen beiden Ländern entwickelt haben. Diese Verhandlungen bewegen sich im Rahmen der bestehenden Verträge. Beide Regierungen bemühen sich, durch besondere Abmachungen wirtschaftlicher und finanzieller Art eine Atmosphäre der Entspannung zu schaffen."**

In den Wandelgängen der Kammer wurde Briand phätterhin von den Pressevertretern um nähere Erläuterungen dieser amtlichen Mitteilung gebeten. Er ging auf diese Bitte ein und erklärte:

**„Ich bin fest entschlossen, eine Friedenspolitik im Geiste und im Rahmen der Locarno-Politik fortzusetzen. Ich habe der Kommission die Ergebnisse dieser Bemühungen auseinandergesetzt, die sich für eine sehr schätzenswerte Entspannung zwischen den beiden Ländern aussprach."**

Der Außenminister sagte dann weiter, daß die Außenpolitik Frankreichs als Grundlage einer Verständigung zwischen den vier Großmächten Frankreich, England, Deutschland und Italien gedeiht habe.

In der Kommissionssitzung sprach Briand ferner über die Beziehungen zu Italien und über die Verhältnisse im Nahen Osten.

### Vorläufige keine Ministerzusammenkunft

a. **Paris**, 23. 11. (Eigenbericht).

Die in der hiesigen Presse verbreiteten Gerüchte über eine Zusammenkunft Briand-Mussolini, über die heute morgen berichtet worden ist, werden an verantwortlicher Pariser Stelle zwar nicht direkt dementiert, aber doch für sehr unwahrscheinlich erklärt. Es wird mitgeteilt, daß wenn Mussolini nach Genf kommen sollte, sich selbstverständlich eine Gelegenheit zu einer Aussprache mit Briand bilden werde, daß aber über eine Zusammenkunft an einem anderen Orte nichts bekannt ist. Im übrigen hält man hier an der Auffassung fest, daß der Augenblick für eine derartige Zusammenkunft gegenwärtig nicht günstig sei, da die bekannten Zwischenfälle der letzten Zeit keineswegs erledigt seien; jedenfalls werde Paris in der Angelegenheit keine Initiative ergreifen.

Es scheint sich bei den oben erwähnten Gerüchten abermals um eine von Rom ausgehende Versuchsballon zu handeln.

Die vorstehend geäußerte Ansicht wird in den Abendstunden durch eine Ausassung an maßgebender Pariser Stelle bestätigt, nämlich, daß von einer Aussprache Briand—Mussolini vorläufig keine Rede sein könne.

### Kemal Pascha empfängt den englischen Botschafter

**Konstantinopel**, 23. 11. (Sonderdienst der DTU)

Kemal Pascha empfing heute den neuen englischen Botschafter Sir Herbert Clerk. Im Verlaufe der Unterhaltung gab Kemal Pascha seiner Genugtuung über das Interesse Ausdruck, mit dem Sir Herbert Clerk die fortschrittlichen Bestrebungen der Türkei und ihren Wunsch nach Frieden verfolge. Im Anschluß an den Besuch des Botschafters empfing Kemal Pascha auch den deutschen Oberkommissar im Irak, Sir Henry Dobbs.

Das Parlament genehmigte einstimmig die Verlängerung des Ausnahmezustandes in den türkischen Ostprovinzen um ein Jahr.

*

Der Reichspräsident empfing gestern den deutschen Botschafter in Konstantinopel Radolny.

**Prag**, 23. 11.

Im Verlauf der heute abgeschlossenen Generaldebatte über das Budget in der Kammer nahm u. a. noch der Abgeordnete Ziegbut vom Bund der Landwirte zu der Mitarbeit der deutschen Minister das Wort.

### Die „Carmen" wird freigegeben

**New York**, 23. 11.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, wird die Oper „Carmen", die verboten haben soll, Alkohol zu schmuggeln, voraussichtlich noch heute mangels hinreichender Beweise wieder freigegeben werden.

### Der Pfalzsender genehmigt

m. **Speyer**, 23. 11. (Eigenbericht)

Der Pfalzsender ist von der französischen Militärbehörde in Mainz endgültig genehmigt worden. Die Reichspost hofft, die Bau- und Installationsarbeiten so fördern zu können, daß die Indetriebnahme in einem halben Jahre möglich ist.

### Straßenüberschwemmung infolge eines Autounfalls

Auf der Charlottenburger Chaussee geriet ein Autodroschke ins Schleudern und fuhr einen Privatkraftwagen an, so daß dieser gegen den dort befindlichen Hydranten geschleudert wurde. Der Hydrant zerbrach, und es entstand ihm eine unerhörte Wasserfluht. Der Reiswagen am Tiergarten wurde bis zur Technischen Hochschule vollständig überschwemmt. Die Feuerwehr mußte den Schaden beseitigen. Personen wurden nicht verletzt, jedoch beide Wagen vollständig demoliert.

## Schluß mit der Militärkontrolle!

### Außenpolitische Reichstagsaussprache — Rede Dr. Stresemanns

Weit über ein halbes Jahr hat der Reichstag seit seiner letzten außenpolitischen Aussprache verstreichen lassen. Was ihn seither beschäftigte, waren innerpolitische Streitfragen. Der ruhige Ablauf des Sommers und das Bedürfnis, die grundsätzliche Auseinandersetzung über den Gesamtkomplex der Regierungsfrage hinauszuschieben, wirkten gleichfalls auf die außenpolitische Enthaltsamkeit des Parlaments — von der man wohl ohne Bosheit feststellen kann, daß sie nicht schädlich gewirkt hat.

Innerhalb dieser Zeitspanne ist die Entwicklung ein gutes Stück vorangerückt. Der bemahlt noch nicht gesetzliche Eintritt des Völkerbunds ist vollzogen, der neue Weg von Thoiry eingeschlagen. Deutschland steht mitten in einer Konstellation, die wichtige, im März noch strittige Probleme als gegeben Gestalten aufweist. Der unverkennbaren Stabilisierung entsprechend hat sich die Struktur des Verhältnisses zwischen Regierung und Reichsopposition — wohl wie vor entscheidenden Momenten bei das Streben nach Stabilität und Kontinuität — verändert. Ließen schon die vorangegangenen Auseinandersetzungen außerhalb des Parlaments heriber keinen Zweifel, so erhoben der erste Tag der Reichstagsdebatte den deutlichen Beweis in bejahigenswertem Sinne.

Er hatte nicht das Gesicht des großen Ereignisses. Das immerhin gut besetzte Haus erwartete keine Sensation und bekam auch keine vorgesetzt. Politischer Alltag, aber angefüllt mit brauchbarer praktischer Arbeit.

Für die Deutschnationalen erschien Professor Hoetzsch auf der Tribüne, den Dr. Stresemann mit nach Genf hatte nehmen wollen und der vor einiger Zeit im Ausschutzen Ausschuß einen Zusammenstoß ziemlich heftiger Art mit dem Außenminister gehabt haben soll. Ein lebhafter Redner, im Tone des öfteren variierend, aber sachlich von der Linie der Regierung nicht weiter als um Nuancen entfernt. Gemeinsame Ziele, verschiedene Methoden; auch hierin Berührungspunkte; ungeachtet der Bereitschaft zur positischen Mitarbeit Fehdehandschuh an den eigenen Partner. Was Dr. Hoetzsch über diese allgemeinen Feststellungen seiner Rede hinaus an einzelnen Gedanken vortrug, klang unverkennbar und bestimmt an die gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien an, die für die Bayerische Volkspartei Herr Emminger abgab. Praktische Arbeit im Völkerbunde, aber Streben nach Freiheit und Gleichberechtigung; Verständigung mit Frankreich, aber Gegenseitigkeit der Leistungen; Auswertung von Thoiry unter beschleunigter Hinarbeit auf Besetzung der Besatzung und der Militärkontrolle, aber keine Einbeziehung der Ostfragen. Der Außenminister hielt sich in großen Zügen auf der gleichen Linie.

Die Übergangsjahre haben sich im wesentlichen zusammengehäuft. Dr. Hoetzsch äußerte sich enttäuscht und skeptisch über Thoiry, besonders mit Rücksicht auf die starken widrigen Strömungen in Frankreich. Dr. Stresemann hielt ihm entgegen, daß jede neue Politik sich gegen Widerstände durchsetzen müsse. Auch er habe vor Optimismus gewarnt. Einbeziehung der Ostgrenzen sei von Paris niemals gefordert worden. Der Außenminister nahm ferner den Botschafter v. Maltzan gegen den Vorwurf in Schutz, durch die Flaggenhissung am Waffenstillstandstage das Prestige des Reichs geschädigt zu haben.

Mit Recht bezeichnete Dr. Stresemann die Sorge für die völlige Beseitigung der Militärkontrolle als gegenwärtige außenpolitische Hauptfrage. In der Zat tritt hinter ihr die Erörterung des Gesamtproblems von Thoiry zurück, weil es sich hier um einen Geschehen Prozeß handelt, dessen Auskreisen vor der endgültigen Kritik abgewartet sein will. Die Kontrolle aber ist akut. Daß sie unter allen Umständen und für die Dauer beseitigt werden muß — in dieser Forderung fanden sich Regierungsparteien, Rechte und Außenpolitiker zusammen. Es rühten sich an der Forderung auch den deutschen Oberkommissar im Irak, Sir Henry Dobbs.

Das Parlament genehmigte einstimmig die Verlängerung des Ausnahmezustandes in den türkischen Ostprovinzen um ein Jahr.

*

Der Reichspräsident empfing gestern den deutschen Botschafter in Konstantinopel Radolny.

**Prag**, 23. 11.

Im Verlauf der heute abgeschlossenen Generaldebatte über das Budget in der Kammer nahm u. a. noch der Abgeordnete Ziegbut vom Bund der Landwirte zu der Mitarbeit der deutschen Minister das Wort.

### Die „Carmen" wird freigegeben

**New York**, 23. 11.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, wird die Oper „Carmen", die verboten haben soll, Alkohol zu schmuggeln, voraussichtlich noch heute mangels hinreichender Beweise wieder freigegeben werden.

H. W.

*

In seiner großen Reichstagsrede führt Außenminister Dr. Stresemann nach den im Beibblatt wiedergegebenen Ausführungen weiter fort:

Sollte sich aber bei den jetzt im Gange befindlichen abschließenden Verhandlungen zeigen, daß irgendein Einzelpunkt der Reichsfragen noch zwischen technischen Schwierigkeiten nicht endgültig zur Wirung gebracht werden kann, so darf das keineswegs zu einer Hinausschiebung der Abberufung der Militärkontrollkommission führen. Für die Erledigung eines solchen Punktes hätte ja der Weg der Verhandlung von Regierung zu Regierung offen.

Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit,

**ein Wort an die Männer der Reichswehr**

zu richten, die dabei beteiligt gewesen sind. Ich glaube, es wird im deutschen Volke vielleicht nicht genügend bekannt, welche Anforderungen soldischer Natur, an Selbstbeherrschung und Disziplin an diejenigen gestellt worden mußten, die das Wort der Abwicklung mit eigenen Händen durchgeführt haben. Wenn man bedenkt, wie ihre Leistung Deutschland bisherigen entscheidenden Dienste die sie errichtet hatten, wenn man bedenkt, was die deutsche Armee früher war und was sie heute ist, so ist das Ende, wie es jetzt tatsächlich durchgeführt worden ist, **den alten Geist und die alte Disziplin des deutschen Heeres gezeigt.** Diese psychologische Empfindung hätte nicht vorübergehend ein bisschen brauchen, wenn die allgemeine Abrüstung aller Völker bagewesen wäre; dann wäre es ein Wert der Bahrheit gewesen. So aber war es ein Werk der Demütigung des eigenen Volkes durch die anderen Mächte. Für das, was hier geleistet ist, sollte ich von den Männern, die hier kämpfen mußten gegen ihre besseren Gefühle, muß man auch denen, die die Führer waren, ein Wort des Dankes sagen. (Lebh. Beifall.)

Auf einen Punkt, der in der letzten Zeit in der Presse viel erörtert worden ist, möchte ich noch besonders eingehen. Es handelt sich um die Frage der sogenannten

**nationalen Verbände.**

Auch in dieser Frage hat die deutsche Regierung alles getan, was zur sofortigen Ausführung des Vertrags von Versailles erforderlich war. In den Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz im November vorigen Jahres war der Erlaß einer Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes über die Errichtung von Bürgerwehren, die Ausführung des Vertrages von Versailles vereinbart worden. Diese Verordnung ist im Februar dieses Jahres erlassen. Damit haben wir unsere internationale Verpflichtung erfüllt. Selbstverständlich wird die Reichsregierung die Einhaltung des Gesetzes und der neuen Verordnung überwachen. Das ist aber eine in so hohem Maße innerpolitische Angelegenheit Deutschlands, daß sie die Einmischung fremder Mächte nicht zulässt. Ich möchte jedoch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Reichsregierung die Linie der von ihr befolgten Politik niemals durch die Tätigkeit irgendwelcher Verbände stören lassen wird. Die zuständigen Stellen der Reichsregierung werden darüber wachen, daß zwischen Reichswehr und der Reichswehr keinerlei Verbindung besteht.

Wenn Zusammenhang mit der Frage der Militärkontrolle wird in der deutschen und in der ausländischen Presse vielfach von einem Übergang dieser Kontrolle auf den Völkerbund gesprochen. Der Begriff eines Übergangs der Kontrolle kann leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben. Es handelt sich nicht darum, die seit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages in Deutschland ausgeübte Militärkontrolle von Einem Organ auf ein anderes zu übertragen. Die Rechte, die der Versailler Vertrag in dieser Hinsicht dem Völkerbund einräumt, haben bisher noch nicht den Charakter. Nach Artikel 213 des Vertrages ist Deutschland verpflichtet, jede Untersuchung, die gegenwärtig oder in Zukunft der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet, zu entsprechen, auch durchaus der Natur der Sache, daß der Völkerbund bereits vor längerer Zeit seinerseits Vorbereitungen getroffen hat, um gegebenenfalls eine Bestimmung zur Anwendung bringen zu können. Deutschland hat bei diesen Vorbereitungen nicht mitgewirkt. Es sind deshalb bei uns Zweifel entstanden, ob die in Rede stehenden Beschlüsse des Völkerbundes bei ihrer taktischen Anwendung nicht in gewissen Einzelpunkten zu einer Erweiterung des in Versailler Vertrage vorgesehenen Investigationsrecht führen können. Diese Zweifel sind bereits in Locarno bei Gelegenheit der Unterzeichnung der Sicherheitsverträge zum Ausdruck gekommen und haben uns dann veranlaßt, die noch vor Ablaufung unseres Vertrags auf Zustimmung zu den Beschlüssen der Völkerversammlung zur Sprache zu bringen. Verhandlungen hierüber zwischen uns und den Völkerbundsmächten haben nicht stattgefunden. Wir sind aber zu einer Erörterung der Frage jederzeit bereit, und ich glaube nicht, daß sich hierbei wesentliche Schwierigkeiten ergeben werden.

**Kein Zweifel kann aber darüber bestehen, daß die Klärung der Investigationsfrage nicht einen rechtlichen Vorwand zum Aufschub der Zurückziehung der alliierten Militärkontrollkommission darstellt.** Beide Fragen sind durchaus voneinander zu trennen.

Wenn ich unseren Willen zur loyalen Innehaltung der Entwaffnungsbestimmungen und unser Einverständnis mit der Zurückführung der Investigationsrechte des Völkerbundes nachmals betone, so kann ich das nicht tun, ohne auch bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß es für Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit ist, auf seiner

**Forderung der allgemeinen Abrüstung**

zu bestehen. Wir wissen der Welt immer wieder vor Augen halten, daß es auf die Dauer ein unmöglicher und mit der Gleichberechtigung im Widerspruch stehender Zustand ist, die allgemeine Rüstungsfreiheit fortbestehen zu lassen, dabei aber einem einzelnen Staate die völlige Entwaffnung vorzuschreiben und ihn einteilig zu kontrollieren.

In bezug auf die Frage der Räumung des Rheinlands bin ich mich dem an, was in der Erklärung der Regierungsparteien zum Ausdruck gekommen ist. Es ist bekannt, daß in Thoiry die Räumung Kölns und der Gebiete und die Regelung der Saarfrage erörtert worden ist im Zusammenhang mit gewissen finanziellen Leistungen Deutschlands, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gedanken der Mobilisierung eines Teiles der Reichsbahnvorzugsaktien aus dem Dawesplan. Dabei war von vornherein klar, daß diese finanziellen Fragen nicht allein das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich angehen, sondern sie eingreifen sowohl in die inneren Verhältnisse Frankreichs als auch in die Beziehungen zu anderen Staaten, Staaten, die wir kaum kann erwarten, daß ein Angleich der Gesichtspunkte, bei dem so viele schwierige Faktoren mitsprechen, sich von heute auf morgen vollzieht würde. Aber diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Nachdem die Entwicklung der Schwierigkeiten bei der Räumung der besetzten Gebiete so einen aktiven Problem gemacht hat, muß dafür auch eine Lösung gefunden werden, damit wir uns herausfinden nicht in eine rückläufige Bewegung gedrängt werden soll. (Sehr richtig!)

Gewiß, das Prinzip des Deutschen ist eine gesunde und reale Grundlage politischer Verhandlungen, die nur dann Erfolg versprechen, wenn sie den Interessen der beiden Parteien gerecht zu werden suchen. Aber die Beziehungen zwischen zwei großen Nachbarvölkern, wie Deutschland und Frankreich, sind nicht etwas, was sich in ein bloßes Rechenexempel auflösen ließe.

**Der deutsch-französische Ausgleich**

und die Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, für die der Grundstein unter Mitwirkung anderer großer Mächte in Locarno gelegt wurde, ist der Angelpunkt der Konsolidierung Europas. Dieser Gedanke ist von anderen Mächten und Völkern in- und außerhalb Europas so oft betont worden, daß ich nicht nötig habe, mich gegen die Versuche zu wenden, eine falsche Verständigung als zwischen anderen anderes Land gerichtet hinzustellen. Die elementare Tatsache der Bedeutung dieser Verständigung für den Frieden Europas weiß die beiden Regierungen auf Außenbahn hin, an denen beide Länder in genau dem gleichen Maße interessiert sind.

**Diese Aufgabe können nicht gelöst werden, lange nicht die trennende Schranke niedergelegt ist, wie sie die weitere Besetzung deutschen Gebiets darstellt.** (Lebhafter Beifall bei der Lehrheit.)

Nach dem Außenminister sprach

**Reichswehrminister Geßler:**

Da in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Außenpolitik heftige Angriffe gegen mich gerichtet worden sind, so möchte ich über sofort dazu Stellung nehmen, und zwar zunächst grundsätzlich. Ich habe jederzeit im Reichstage die absolut unbedingte Stellung der Reichswehr zu der Wehrverbänden zum Ausdruck gebracht. Ich hat der Reichswehr jede Verbindung mit diesen Verbänden auf stärkste verboten und dieses Verbot im allen Fällen, die zu meiner Kenntnis gekommen sind, auch rücksichtslos durchgeführt. Ich habe die Tage Kruchtücke veröffentlicht worden aus einer furzen Denkschrift, die mir am 18. März d. J. von den Vorständen des Jungdeutschen Ordens übersandt worden ist. In dieser Denkschrift ist auch nicht eine einzige Reichswehrstelle genannt, und in dem beigelegten Material ist der Name eines einzigen aktiven Offiziers, der einmal einen Vortrag in einem Heimatbeirat gehalten hat. Es handelt sich vielmehr um Streitigkeiten zwischen früheren offen Offizieren und ihren Verbänden, wer die richte Vaterlandsliebe hat. (Heiterkeit.) Ich bal unter dem 27. März den Empfang dieser Denkschrift bestätigt und hinzugesetzt, daß sie mir ein neuer Beweis ist, daß ich des Zusammenarbeiten mit Verbänden aller Art auf das schärfste bekämpfen muß, da sonst, von abgesehen von außenpolitischen Schwierigkeiten, die Reichswehr in den Kampf und die Auseinandersetzung der Parteien hineingezogen wäre. Ich werde daher die Anzeigen den in Frage kommenden Außenstellen zur warnenden Kenntnis bringen.

Ich allgemeinen Ausdrücken, die Reichswehr tut les und sei, kann ich nichts anfangen. Ich kann mich hervorhebend in die Reihe aller möglichen Erhebungen bei der Truppe anstellen und muß das ablehnen. Wo wir aber ein bestimmter Tatbestand mit bestimmten Tatsachen angeben werden ist, habe ich immer, wenn die Behauptung sich als richtig herausgestellt hat, das auch der Fall ist, mit der größten Entschiedenheit im Rahmen der Gesetze durchgeführt.

**Vorrecht ist ich noch der Erwartung Ausdruckhen, daß die Reichswehr in Zukunft nicht bei jer möglichen Gelegenheit in den Streit der Meinungen gezogen und als politischer Kampfplatz benutzt wird.** Die Reichswehr will außerhalb Dieseitreites und in Ruhe ihre Wische tun. Das ist bisette Erziehung zur Treue gegen den Staat und Verfassung der Republik. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Schluß des ersten Tages macht Abg. Stöhr (Komm.): Noch nie ist Herr Stresemann mit leeren Händen vor dem Reichstag erschienen. Der Fall von Locarno und auch das Gespenst von Thoiry haben seine Weltenwende verhindert. Die Deutschen werden noch wie vor geknechtet.

Nächste Sitzung des Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 3 Uhr.

**Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"**

## Berenger kehrt nicht nach Washington zurück

### Auch Loucheur lehnt das Angebot ab

a. **Paris**, 23. 11. (Eigenbericht)

Der bisherige französische Botschafter in Washington, Senator Berenger, der das Washingtoner Schuldenabkommen mit der amerikanischen Regierung abgeschlossen hat, hat das Anerbieten der Regierung, auf seinen Posten zurückzukehren, abgelehnt. Zur Begründung weist Berenger in einem längeren an Briand gerichteten Schreiben darauf hin, daß der Schuldenvertrag vom Parlament bisher nicht ratifiziert worden sei. Er sei lediglich zu dem Zwecke nach Washington gegangen, um diesen Vertrag zum Abschluß zu bringen, und nachdem dieses Ziel erreicht sei, müsse er seine Aufgabe als erledigt betrachten, um sich wieder seiner Tätigkeit im Senat widmen zu können.

Den Abendblättern zufolge soll Loucheur für den Posten in Washington in Aussicht genommen sein. Loucheur persönlich erklärte jedoch heute nachmittag, daß ihm dieses Angebot bekannt sei, und er entschlossen wäre, ein solches Angebot abzulehnen, falls es ihm gemacht werden sollte.

Zu gut informierten Kreisen glaubt man, daß Briand gewunde beabsichtige, andere eines Politikers eine Persönlichkeit aus der Berufsdiplomatie als Gesandten nach den Vereinigten Staaten zu senden, wofür entweder der jetzige französische Gesandte in Bukarest, de Billy, oder der französische Gesandte in Athen, de Chambrun, in Frage kommen soll.

### Chang Tso-lins Hilfstruppen für Sun-Yuan-sang

**Peking**, 23. 11. (Sonderdienst der DTU)

Ueber die Pläne der Generale Nordchinas laufen eine Unmenge von Gerüchten um. Authentisch kann bisher nichts anderes gesagt werden, als daß sie beschlossen haben, sich gegen Kanton zu wenden. Bisher ist geplant, auf gemischte Brigaden aus Chihli und Schantung mit insgesamt 45 000 Mann nach Süden zu senden, um die Lage in Hunghu zu übersehen und die Tientsin-Pukow-Eisenbahn gegen einen Angriff aus der Provinz Anhui zu decken. Es bleibt abzuwarten, ob Nordtruppen den Yangtse überschreiten werden. Mandschurische Truppen werden wegen der gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten des Nordens sich vorläufig an der Aktion nicht beteiligen.

*

**Schanghai**, 23. 11. (Sonderdienst der DTU)

Die sokalebörden haben Meldungen von Marschall Sun-Yat-sang, daß er bereits Hankau und die Yangtseprovinzen noch nicht aufgegeben hat. Anscheinend unterstützt ihn Chang Tso-lin, indem er ihm vorübergehend 45 000 Mann aus der Provinz Schantung zur Verfügung stellt.

## Letzte Sitzung der Reichskonferenz

### Veröffentlichung der Kommissionsberichte

sx. **London**, 23. 11. (Eigenbericht)

Die britische Reichskonferenz hielt heute nachmittag ihre Schlußsitzung ab. Es wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Konferenz zu den Erfolgen ihrer 16 Vollsitzungen und 146 Kommissionssitzungen beglückwünscht, und eine zweite Resolution, in der sich Baldwin und die Ministerpräsidenten der Dominien gegenseitig bedanken. Baldwin hielt eine Schlußrede im gleichen Sinne, auf die die einzelnen Delegationsführer kurz antworteten.

Gleichzeitig wurden die noch ausstehenden Kommissionsberichte zur Veröffentlichung freigegeben. Der

**Bericht über die auswärtige Politik**

betont die Wichtigkeit der Sicherung des Weges durch den Suezkanal nach dem Osten und dem südlichen Teil des Stillen Ozeans, und gratuliert der englischen Regierung zu ihren Erfolgen in der Friedenspolitik. Die Regierungen des britischen Reiches würden, so heißt es, fortfahren an der Politik des Friedens und der Unterstützung des Völkerbundes, als des größten Friedensinstrumentes.

**Es folgt der wichtigste Abschnitt des Berichts, nämlich der Beschluß, keinen Teil der Rede Chamberlains oder der anschließenden Diskussion über die Außenpolitik zu veröffentlichen.**

In dem Bericht über

**die Reichsverteidigung**

bedauert die Konferenz, daß es nicht möglich gewesen sei, mit der internationalen Abrüstung schneller fortzuschreiten. Die auf der Konferenz vertretenen Regierungen hätten den gemeinsamen Wunsch, die Aussichten zur Erreichung dieses Zieles zu tun, soweit sich das mit der Sicherheit und Integrität aller Teile des Reiches und ihrer Verfassungsverträge. Die Konferenz erkennt an, daß auch nach weitgehender Abrüstung die Kosten für die Aufrechterhaltung des Mindestmaßes der englischen Seemacht, nämlich des Einmächtestandards, erheblich sind, nimmt die Mitteilung der Admiralität von den angekündigten Reisen zur Kenntnis, die in den nächsten Jahren aufzuführen sind, um die veralteten Schiffe durch neue zu ersetzen, hat keine keinerlei Beschluß gefaßt, daß die Dominien sich etwa an diesen Kosten beteiligen können. Die Vertreter Australiens, Neuseelands und Indiens bestrieben den Ausbau der Singapore-Basis, danken für die Beiträge, die Hongkong, der malayische Staatenbund und die Straits Settlements hierfür gezahlt haben. Ob sie selbst die Absicht haben, etwas zu stiften, wird nicht mitgeteilt.

Die Arbeit der Kommissionen für

**Wirtschafts- und Siedlungsfragen**

ist ziemlich ergebnislos. Nicht einmal über die von der britischen Filmindustrie geforderte Zwangsquote für britische Filme ist eine Einigung erzielt worden. Die Angelegenheit wird den Regierungen zur wohlwollenden Behandlung übermittelt. Die Wirtschaftsbeziehungen des Außenhandels zwischen den Reichsteilen war Gegenstand zahlreicher Kommissionssitzungen. Australien und Neuseeland haben vorgeschlagen, die Einführung für den Frieden Europas weiß die beiden Regierungen auf Außenbahn hin, an denen beide Länder in genau dem gleichen Maße interessiert sind.

**Diese Aufgabe können nicht gelöst werden, lange nicht die trennende Schranke niedergelegt ist, wie sie die weitere Besetzung deutschen Gebiets darstellt.** (Lebhafter Beifall bei der Lehrheit.)

Nach dem Außenminister sprach

**Reichswehrminister Geßler:**

Da in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Außenpolitik heftige Angriffe gegen mich gerichtet worden sind, so möchte ich über sofort dazu Stellung nehmen, und zwar zunächst grundsätzlich. Ich habe jederzeit im Reichstage die absolut unbedingte Stellung der Reichswehr zu der Wehrverbänden zum Ausdruck gebracht. Ich hat der Reichswehr jede Verbindung mit diesen Verbänden auf stärkste verboten und dieses Verbot in allen Fällen, die zu meiner Kenntnis gekommen sind, auch rücksichtslos durchgeführt. Ich habe die Tage Kruchtücke veröffentlicht worden aus einer furzen Denkschrift, die mir am 18. März d. J. von den Vorständen des Jungdeutschen Ordens übersandt worden ist. In dieser Denkschrift ist auch nicht eine einzige Reichswehrstelle genannt, und in dem beigelegten Material ist der Name eines einzigen aktiven Offiziers, der einmal einen Vortrag in einem Heimatbeirat gehalten hat. Es handelt sich vielmehr nu um Streitigkeiten zwischen früheren offen Offizieren und ihren Verbänden, wer die richte Vaterlandsliebe hat. (Heiterkeit.) Ich bal unter dem 27. März den Empfang dieser Denkschrift bestätigt und hinzugesetzt, daß sie mir ein neuer Beweis ist, daß ich des Zusammenarbeiten mit Verbänden aller Art auf das schärfste bekämpfen muß, da sonst, von abgesehen von außenpolitischen Schwierigkeiten, die Reichswehr in den Kampf und die Auseinandersetzung der Parteien hineingezogen wäre. Ich werde daher die Anzeigen den in Frage kommenden Außenstellen zur warnenden Kenntnis bringen.

Ich allgemeinen Ausdrücken, die Reichswehr tut les und sei, kann ich nichts anfangen. Ich kann mich hervorhebend in die Reihe aller möglichen Erhebungen bei der Truppe anstellen und muß das ablehnen. Wo wir aber ein bestimmter Tatbestand mit bestimmten Tatsachen angeben werden ist, habe ich immer, wenn die Behauptung sich als richtig herausgestellt hat, das auch der Fall ist, mit der größten Entschiedenheit im Rahmen der Gesetze durchgeführt.

**Vorrecht ist ich noch der Erwartung Ausdruckhen, daß die Reichswehr in Zukunft nicht bei jer möglichen Gelegenheit in den Streit der Meinungen gezogen und als politischer Kampfplatz benutzt wird.** Die Reichswehr will außerhalb Dieseitreites und in Ruhe ihre Wische tun. Das ist bisette Erziehung zur Treue gegen den Staat und Verfassung der Republik. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Schluß des ersten Tages macht Abg. Stöhr (Komm.): Noch nie ist Herr Stresemann mit leeren Händen vor dem Reichstag erschienen. Der Fall von Locarno und auch das Gespenst von Thoiry haben seine Weltenwende verhindert. Die Deutschen werden noch wie vor geknechtet.

Nächste Sitzung des Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 3 Uhr.

## Außenpolitik

**Frankreich und Italien. — Weltwirtschaftskonferenz. — Die Reform des britischen Reiches. — Der Nicaragua-Konflikt. — Das Erlöschen des Kohlenstreiks. — Deutsches Eigentum in Amerika**

Charakteristisch für die Lage Europas sind, als Maß dessen, was man für möglich hält (noch nicht dessen, was möglich ist) die Alarmgerüchte von italienischen Truppenansammlungen an der französischen Südostgrenze. Die Motive, aus denen heraus unbekannt französische Blätter, auch der „Temps", ohne Gelahrer für Nizza, der Provence oder Corsica wenigstens andeuten, könnten zum Teil auch der Innenpolitik entstammen. Schon mehr in einem französischen Chauvinistenblatt ein Interesse Deutschlands an weiteren Verstimmungen zwischen Rom und Paris konstruiert, wird die nach Thoiry benannte Politik mit ihr wesensfremden Dingen vermengt. Aber Deutschlands Interesse an einem gesunden europäischen Frieden nach allen Seiten müßte auch diesen Konstruktionen wohlbekannt sein.

Unter dieser Voraussetzung muß ein Rückblick auf die Entwicklung der französisch-italienischen Beziehungen dieses Jahres geeignet sein, die wesensfremden Dingen verwirrt, aber Deutschlands Interesse an einem gesunden europäischen Frieden nach allen Seiten müßte auch diesen Konstruktionen wohlbekannt sein.

Unter dieser Voraussetzung muß ein Rückblick auf die Entwicklung der französisch-italienischen Beziehungen dieses Jahres geeignet sein, die wesensfremden Dingen verwirrt, aber Deutschlands Interesse an einem gesunden europäischen Frieden nach allen Seiten müßte auch diesen Konstruktionen wohlbekannt sein.

Mit Ausnahme der Sensation, die die Ankunft des Senators Keeguejze über die italienische Flottenmacht bis zu den Gerüchten um Zurien, Tunis, Tanger, Abessinien und zu dem Hinüber und Her der Balkandiplomatie lieferte gerade dieses Jahr Stoff genug zu Kommentaren, in denen der Gegensatz zwischen dem Kolonialhefig des dünner bevölkerten französischen und den Kolonialwünschen des menschenüberfüllten italienischen Staates, das Mißverhalten über die zwei Bewegungen Mussolinis mit Chamberlain ihre Rolle spielten. Eine Rede Briands hat im Sommer vorübergehend die Spannung gemildert; die neuen Verwirrungen würde man mit geringerer Sorge betrachten, wenn sie sich nicht vor einem Hintergrund ereignetern, der hier eine Spannung Rom-Belgrad oder einen Schiedsversuch Paris—Bukarest, dort eine Revolte in Albanien oder das Drängen Rom—Madrid als Teilstücke eines diplomatischen Mosaiks zu zeigen scheint.

Der Sorge, mit der Deutschland jede neue Entzündung am Körper Europas beobachtet, entspricht die Freude, mit der man jede friedliche Ausnahmebrit begrüßt; so den Abschluß der Genfer Konferenzen, der zum 4. Mai 1927 einberufenen Weltwirtschaftstagung. Ein „Verbindungsausschuß", dem Staatssekretär Trendelenburg angehört, soll zwischen Konferenzen und Hauptkonferenz die statistischen Grundlagen herstellen, die die Entscheidung über den Tagungsort ist dem Völkerbundsrat überlassen, der bekanntlich am 6. Dezember zusammentritt. Ein weiß aus unterrichtetes Londoner Blatt teilte mit, daß am Tage vorher in Genf eine Besprechung der Außenminister Deutschlands, Englands und Frankreichs über die Militärkontrolle stattfinden werde.

Für die Befreiungspolitik trat am Montag feierlich das Parlament des Saargebiets ein, seiner Kundgebung die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als Hilfe zur Rückkehr des Saarvolkes ins Reich bezeichnete und dem einmütigen Wunsch nach dieser Rückkehr Ausdruck gab. Der es mit dem Selbstbestimmungsrecht ernst nimmt, wird künftig an diese Erklärung nicht vorbeigehen können.

Das stärkste Auslandsereignis der letzten Tage war das Ergebnis der britischen Reichskonferenz. Zwei dem Zwiefoneitalt Ringen und einigen Indiskretionen der Eröffnungstage waren nur nebensächliche Einzelheiten dem soliden Zusammenfassen entronnen. Man Sonandend erst wurde der Vorhang vor der fertigen Neugruppierung des britischen Weltreiches hochgezogen. Ein als „Ausschußbericht" nüchtern verbriefetes Dokument überweist das Autoritätsverhältnis zwischen Mutterland und Kolonien der Geschichte und ersetzt es durch die bloße Personalunion der formell gleichgeordneten Staaten Großbritannien, Irland, Kanada, Neufundland, Südaf